



Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 5. Juli 2018

TOP 18 + 22: Anträge zur Berufs- und Studienorientierung (Drs-Nr.: 19/814, 19/820)

Rede zu Protokoll gegeben

Rollback in der Lehrkräftebildung: Im Jahr 2018 muss Schluss sein mit der Ideologie von Häuptlingen und Indianern

Martin Habersaat

Anders als bei der Weltmeisterschaft brauchen wir keinen Videobeweis: Wir waren mit unserem Antrag um sechs Drucksachennummern schneller als die Koalition. Dass beide politischen Lager die Berufsorientierung als wichtiges Thema ansehen, ist bestimmt kein Nachteil. Wir haben dabei wohl alle auf den Aufschlag von Schulsenator Ties Rabe aus Hamburg reagiert, der so weit gehen will, das Schulfach „Berufs- und Studienorientierung“ in der Oberstufe verbindlich einzuführen.

Wir stehen neuen Schulfächern grundsätzlich etwas skeptisch gegenüber, weil wir bei jedem neuen Fach auch entscheiden müssen, welches alte Fach dafür wegfiel oder reduziert würde. Es geht auch nicht in erster Linie um das Format, sondern um das Thema. § 4 des Schulgesetzes macht Berufsorientierung zur Querschnittsaufgabe des gesamten Schulwesens. Dabei geht es nicht darum, den jungen Menschen die Freiheit einer Orientierungsphase, zu

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Reisen ins Ausland oder zu sozialem Engagement beispielsweise im Rahmen eines FSJ zu verwehren.

Es geht aus meiner Sicht nicht einmal primär um die Besetzung unbesetzter Ausbildungsstellen, wie sie Koalitionsfraktionen in der Begründung ihres Antrages zuvorderst nennen. Es geht darum, jungen Menschen ihre Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen. Wer früh einen Weg für sich sieht, kann sich darauf vorbereiten.

Niemand muss mit 16 wissen, was er mit 32 macht. Und trotzdem kann eine Idee von den eigenen Stärken und den Anforderungen in den verschiedenen Berufsfeldern sehr hilfreich sein. Wer sich für soziale Arbeit interessiert, kann sein FSJ vielleicht in diesem Bereich absolvieren, um erste Erfahrungen zu sammeln. Wer eine Stelle im diplomatischen Dienst anstrebt, könnte die große Weltreise mit gezielter Verbesserung seiner Fremdsprachenkenntnisse verbinden. Wir wünschen uns ausdrücklich, dass alle Schularten Berufsorientierung in alle Richtungen leisten. Es muss im Jahr 2018 Schluss sein mit der Ideologie von Häuptlingen und Indianern, wie sie leider gerade wieder beim angestrebten Rollback in der Lehrkräftebildung zutage tritt.

Natürlich können auch Gemeinschaftsschulen auf ein Studium vorbereiten und mit Hochschulen kooperieren. Es ist mir schleierhaft, warum sie die Begabtenförderung und die Kooperation mit den Hochschulen in ihrem Koalitionsvertrag ausschließlich bei den Gymnasien sehen. Und natürlich können auch Abiturientinnen und Abiturienten, die ihren Abschluss am Gymnasium erworben haben, mit einer Ausbildung im Handwerk glücklich werden. Praktische Begabung links, theoretische Begabung rechts, so eine Sortierung nach Klasse 4 passt nicht in das Jahr 2018.

Es passt auch nicht ins Jahr 2018, für Inklusion bis auf Einzelfälle die Gemeinschaftsschulen und Förderzentren zuständig sein zu lassen. Für die Gemeinschafts- und die damals noch recht zahlreich existenten Regionalschulen hat es bereits 2014 ein Landeskonzept Berufsorientierung gegeben, dessen Erfahrungen ausgewertet werden sollten. Auch die künftigen Hamburger Maßnahmen, die zum nächsten Schuljahr umgesetzt werden sollen, müssen wir daraufhin überprüfen, ob sie als Vorbild für Schleswig-Holstein taugen.

Und wir dürfen nicht übersehen, dass es auch einzelne Schulen, Schulträger und Kreise gibt, die ihre eigenen Konzepte zur Berufsorientierung entwickelt haben, deren Evaluation in ein landesweites Maßnahmenpaket einfließen könnte. Der Antrag der Koalition geht einen anderen

Weg, indem er nicht wie wir den Schwerpunkt bei den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen setzt, sondern ein neues umfassendes Konzept für alle Schularten verlangt.

Ich sehe keinen unüberbrückbaren Widerspruch zwischen diesen beiden Anträgen und schlage deshalb vor, dass wir beide Anträge in den Bildungsausschuss überweisen.